

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mark, bei Selbstabholung 1 Mark - Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark, für 1 Monat 1 Mark (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Lauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher 13608

Anzeigen kosten die halbespaltigen Zeilen oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvordrucken 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif - Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4 - 1000 jedes Tausend bei Zellaufgabe 4 - 1000 - Schluss der Annahme von Anzeigen für die 15. März Nummer 1917 0 Uhr

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21 Fernsprecher 4590 • Anzeigen-Abteilung Fernsprecher 2721.

Vor dem Abbruch der deutsch-chinesischen Beziehungen. Bagdad von den Engländern besetzt.

Jahrestage des Weltkriegs.

13. März 1916. An der Frontenfront entwickeln sich heftige Kämpfe. - Befreiung des Ortes Buxia bei Smyrna durch englische Kriegsschiffe. - Maschid (Schafra) wird von den Engländern besetzt.

Die neuesten Meldungen.

Die innerpolitische Lage in Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. März. In hiesigen politischen Kreisen kursiert das Gerücht, daß eine österreichische Kabinettskrise unmittelbar bevorstehe. Es wird bestimmt berichtet, daß der österreichische Ministerpräsident Clemens von Saurheim dem Kaiserlichen Hofrat Graf Czernin treten wird. Das Vorlesentum des auswärtigen Ministers ist dem Grafen Stephan Tisza übergeben worden.

Wien, 12. März. Anknüpfend an die gestern erfolgte Ankunft des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Tisza wird in den ungarischen Kreisen berichtet, daß in Rückwirkung der Anwesenheit des Monarchen in Budapest doch noch eine Einigung über das neuwählende Kongressministerium erzielt werden dürfte. Wie verlautet, soll Graf Julius Andrássy an der Spitze der neuen Koalitionsregierung stehen.

Eine Kabinettskrise in Frankreich?

Genf, 12. März. Ob das Ministerium Briand bleibt oder geht, wird sich voraussichtlich schon Dienstag entscheiden. Eine Anzahl regierungstreuer Abgeordneter beabsichtigt bei Beginn der Sitzung eine Interpellation über die Regierungspolitik einzubringen, um den Kammerparlament Gelegenheit zu einer nochmaligen endgültigen Kräftprobe zu geben. Die Opposition rechnet bestimmt mit Briands Sturz. Die oppositionelle Presse ist voll froher Hoffnungen, und aus den Artikeln der briandkritischen Blätter liest man die helle Angst heraus. Allen Anschein nach erwartet sogar die Opposition, daß Briand die Gelegenheit benutzte, um sich mit Anstand zurückzuziehen, ehe ihn die Kammerkennung dazu zwingt. Freilich ist die Lage viel verwickelter, als auf dem ersten Blick erscheint. Die Anhänger Briands haften vor allem darauf, daß sich niemand finden wird, der Briand die Verantwortung abnimmt. Es ist also nicht unmöglich, daß die Kammerkennung wieder einmal mit einem Kompromiß endet.

Carson über die U-Bootgefahr.

Lugano, 12. März. Der englische Marineminister Carson erklärte im Aldwych-Club: Die deutsche U-Boot-Gefahr ist noch nicht beschworen. Im Februar wurde eine Halbmillionentonnage von den Corsaren versenkt, wovon etwa die Hälfte englisch ist. Wenn die Torpedierungen so weiter gehen, werden wir 6 Millionen Tonnen im Jahre verlieren. Ich weiß nicht, ob die Dinge genau so liegen, aber wir haben die Pflicht, das Schlimmste anzunehmen.

Holland und England.

Haag, 12. März. Die Londoner Blätter besprechen ausführlich die Weigerung Hollands, den bewaffneten englischen Dampfer Prinzess Wilhelmina in den Rotterdammer Hafen einlaufen zu lassen. Obwohl Holland das Recht nicht abspricht, in seinen eigenen Häfen zu bestimmen, wen es zulassen wolle oder nicht, meinen die meisten Blätter, daß, falls Holland Fahrzeuge, die zur Selbstverteidigung bewaffnet sind, den Zugang verweigere, England darin eine Veranlassung erblicke, solche Schiffe künftig der Torpedierungsgefahr nicht mehr aussetzen und die Fahrt der Vorratsdampfer nach Holland fortan zu verbieten.

Haag, 12. März. Der Morning Post berichtet aus Washington: Wenn von den deutschen U-Booten ein amerikanisches Handelsschiff torpediert werde, sollte, wird die Kriegserklärung Amerikas an Deutschland sofort erfolgen.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 12. März befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Vom Tage.

Die alte Kaiserstadt Bagdad ist am 11. März in die Hand der Engländer gefallen. Damit hat die britische Heeresleitung einen bedeutsamen militärischen und politischen Erfolg errungen. Das Blatt hat sich in Mesopotamien und den angrenzenden Gebieten stark zugunsten Englands gewendet. Vor mehr als Jahresfrist standen britisch-indische Truppen schon einmal drohend in der Nähe Bagdads, und man rechnete in den Novembertagen 1915 in militärischen Kreisen schon ernstlich mit dem Fall der Hauptstadt Mesopotamiens. Damals aber wurde die britische Streitmacht unter General Townshend durch die Türken, deren Führung Marschall v. d. Goltz hatte, in dreitägiger Schlacht bei Mesopotamien geschlagen, der Rest bei Kut el Amara eingeschlossen und nach mislungenen englischen Entsatzversuchen am 28. April zur Kapitulation genötigt. Diese schwere Niederlage hat England sehr wehgetan. Der Fall Bagdads, der mit dem Rückzug der Türken aus Persien und kleineren politischen Erfolgen an der Südküste Hand in Hand geht, wird die politisch-moralische Wirkung seiner vorjährigen bösen Schläge auf die Bevölkerung des Orients auslöschen, sein Ansehen in Asien und Afrika wieder aufrichten und ihm die Verfolgung des Islam für sich zu gewinnen, erheblich erleichtern. Die Gegensätze zwischen Arabern und Türken, die vielleicht ein früheres Überbrücken können, mögen jetzt neu auflaufen, und unter diesen Umständen gewinnt der Aufstand des Emirs von Mekka vielleicht größeres Gewicht, als ihm bislang zukam.

So stellt sich die politische Bedeutung des Ereignisses dar, wenn man den Dingen ihr Recht gibt. Schwieriger ist die militärische Seite zu beurteilen. Die Engländer sind ein erhebliches Stück weiter in Mesopotamien eingerückt, haben einen Mittelpunkt wirtschaftlichen Lebens, der bei den mangelhaften Verbindungen für die Verpflegung und Ausrückung der osmanischen Truppen jedenfalls wichtig war, besetzt und zugleich die Türken genötigt, das besetzte Gebiet in Persien zu räumen. Sie sind offenbar in der Lage gewesen, den Türken eine Hebermacht entgegenzustellen, was nebenbei die Wirkung der allgemeinen Wehrpflicht in England vor Augen führt. Sie hat es möglich gemacht, daß eine großer Truppenmasse nach dem Orient gesandt werden konnte, ohne daß England sich in Indien und Ägypten zu gefährden brauchte. Ob nun diese Vorsätze fortgesetzt werden können, etwa bis zur Vereinigung der Engländer mit den in Armenien und Nordpersien stehenden Russen, das ist jetzt die Frage, um deren Beantwortung dort im Osten zu ringen ist. Die Türken haben möglicherweise durch die Zurücknahme ihrer Linien - die englische Schilderung zeigt, daß die osmanische Streitmacht nicht zurückgeworfen wurde, sondern zurückging, und daß die Engländer ihr unter kleineren Nachhutgefechten folgten - eine für sie ärmliche Verkrüppelung ihrer Stellung erreicht, die sie in den Stand setzen wird, das weitere Vordringen der Engländer zu verhindern. Der türkische Kriegsminister Enver Pascha hat sich zuversichtlich geäußert. Bleibt es bei dem jetzigen Stande der Dinge, so hat England freilich keine Entscheidung erreicht, die die Türken zum Nachgeben zwingt. Denn die Entscheidung des Krieges fällt dann in Europa; sollte sie von Mesopotamien aus kommen, so müßte der Vorkost bis zu den Küsten des Schwarzen Meeres, bis in die Nähe Konstantinopels, durchgeführt werden können. Das wäre aber ein unabsehbares Unternehmen, das außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden hätte, große Entfernungen in zum Teil wüsten oder kumpfigem Gebiet, das fast ohne Wege ist und nur zwei Eisenbahnstränge hat, darunter die noch nicht vollendete Bagdadbahn.

Indes hat England, wenn nicht ein neuer Umschlag erfolgt, doch auf alle Fälle ein wichtiges Ergebnis erzielt. Es ist einmal der Durchbruch seines Programms, eine Landverbindung zwischen Ägypten und Indien über Arabien und Persien herzustellen, einen großen Schritt nähergekommen, und es hat außerdem ein Pfand in die Hand bekommen, das es bei den Friedensverhandlungen gegen die vom Dierbund eroberten Gebiete in die Waagschale werfen kann. Es wird also wohl zu verstehen sein, wenn die Presse Englands und seiner Verbündeten den Fall von Bagdad als großen Erfolg

feiern wird. Sie würde es schon wegen der Ausdehnung des Ereignisses zur Einwirkung auf die islamitische Welt, auf die Neutralität und Verbündeten und auf das eigene Volk tun - sie hat aber, das darf nicht verkannt werden, auch in der Sache selbst liegende Berechtigung dazu.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus wird uns vom Montag geschrieben:

Die Debatte über den Eisenbahnetat würde heute vor äußerst schlecht besetztem Hause fortgesetzt. Herr Macco von den Nationalliberalen zog daraus gleich eine Ruhanwendung, indem er den schwachen Besuch als Illustration zu dem Beschlusse des Herrenhauses in Sachen des Plänengesetzes bezeichnete. Im übrigen beschäftigte sich dieser Redner hauptsächlich mit den Fragen des Güterverkehrs. Der Volksparteiler Dejer machte dem Eisenbahnminister das Kompliment, daß seine Rede in angenehmem Gegensatz zu den Reden anderer Minister gestanden habe - für einen Liberalen von angeblich demokratischer Färbung ein recht überflüssiges Lob. Denn Herr v. Breitenbach mag ein noch so tüchtiger Verwaltungsbeamter sein - aber modernen oder gar demokratischen Geistes wird man ihm schwerlich nachweisen können. Das beweist seine scharfe Ablehnung jeder grundsätzlichen Eisenbahnsreform und seine Behandlung der Arbeiterfragen. Herr Dejer gehört freilich selbst, wie seine Rede beweist, zu den zaghaften Eisenbahnpolitikern, die zwar nach Reformen rufen, aber vor jedem energischen Eingriff in das jetzige System zurückschrecken. Sogar mit der Tarifserhöhung vermag er sich abzufinden, nur soll sie erst nach Kriegsende eingeführt werden. Der Eisenbahnminister selbst erklärte denn auch, daß die beabsichtigte „Umgestaltung“ - lies Erhöhung! - der Tarife erst im Frieden möglich sein werde. Ein höchst magerer Trost!

Mit größerer Entschlossenheit als der Volksparteiler vertrat Reinert die Forderung der Betriebsvereinfachung durch Beseitigung der ersten und zweiten Klasse. Ueberhaupt fand er, ohne sich Kirchwagens Pläne im einzelnen zu eigen zu machen, manches Erwünschtere in den Vorschlägen dieses Fröhmanns, dessen Autorität ihm keineswegs so ansehbar erscheint, wie es Eisenbahn- und Finanzminister dargestellt hatten. Eingehend behandelte der Redner die Lohnverhältnisse der Eisenbahnangestellten und Arbeiter, speziell diejenigen der Waggonfabriken, die in keinem Verhältnis zu den Mehrforderungen der Lieferanten stehen.

Dienstag Fortsetzung der Debatte und kleinere Etats. Am Mittwoch will das Abgeordnetenhaus dem Herrenhaus die Antwort geben.

Vor einigen Tagen brachte die Züricher Post einen Leitartikel, der sich mit der Stimmung in England beschäftigte. Es wurde darin gesagt, daß Lloyd George es versteht, die Zuversicht des Landes zu stärken, aber am politischen Horizont hingen zwei Wollen: Rußland und Italien, die wachsende Besorgnisse erregten. Die neuesten Nachrichten aus diesen beiden Ländern zeigen, daß die englischen Sorgen nicht unbegründet sind.

Ueber die erste Sitzung der neuen Session der Duma hatte die offiziöse Petersburger Telegraphenagentur berichtet, daß sie einen ruhigen Verlauf genommen habe. Nach den jetzt vorliegenden Schilderungen der russischen Presse, von denen das Volkische Bureau Auszüge gibt, ist aber doch an der Regierung scharfe Kritik geübt worden, besonders in der Frage der Lebensmittelversorgung. Der Landwirtschaftsminister Nitich gab zuerst eine kräftige Schilderung des Lebensmittelmarktes. Beim Einkauf von Getreide für die Armee stände man vor unüberwindlichen Schwierigkeiten. Die Lebensmittelversorgung hätte mit ihren Vorräten zurück, das Vertrauen zur Regierung werde bei ihr immer mehr untergraben. - Es wird weiter berichtet:

Nach Nitich verließ der Stobisch Schidlowski eine Erklärung des progressiven Bloks die die jetzige Regierung für unfähig erklärte, das Vertrauen des Landes zu erwerben. Hieran sprach der Sozialist Tschelidze, der sich hauptsächlich gegen die Politik des progressiven Bloks wendete. Er gestand, daß der progressive Blok das Friedenangebot Deutschlands für unweit erachtete, um sich damit zu befassen. Bisher habe der Blok